

06/2008

2015
aktuell

27. Juni 2008

1. **Mehr Geld für die Entwicklungsziele? Kassensturz in Doha**
2. **VENRO-Positionen zur Reform der Entwicklungszusammenarbeit**
3. **Welternährungsgipfel in Rom mit mageren Ergebnissen**
4. **Bericht zur globalen Ernährungssicherheit beschlossen**
5. **Vorbereitungen auf den G8 Gipfel in Japan in der Endphase**
6. **„Africa Progress Panel“ veröffentlicht Jahresbericht**
7. **HIV/AIDS - Konferenz der Vereinten Nationen in New York**
8. **Ausbeuterische Kinderarbeit wirksam bekämpfen**
9. **Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit auf dem Prüfstand**
10. **OECD-Bericht zu “Financing for Development”**

Kurz notiert
Termine

1. Mehr Geld für die Entwicklungsziele? Kassensturz in Doha

Ob die Millenniumsentwicklungsziele (MDG) fristgerecht bis zum Jahr 2015 erreicht werden können, ist zwar nicht ausschließlich eine Frage des Geldes. Fakt ist aber, dass die Mittel, die bisher weltweit zur Armutsbekämpfung, für Bildung und Gesundheit und den Klimaschutz zur Verfügung stehen, bei weitem nicht ausreichen. Vom 29. November bis 2. Dezember 2008 findet in Doha, der Hauptstadt von Katar, die zweite Weltkonferenz zur Entwicklungsfinanzierung statt. Sechs Jahre nach der ersten internationalen Konferenz zu diesem Thema, die im Jahr 2002 im mexikanischen Monterrey stattfand, ist es an der Zeit, Bilanz zu ziehen. Welche Fortschritte konnten seit Monterrey bei der Entwicklungsfinanzierung erzielt werden? Was sind die Defizite? Welche neuen globalen Herausforderungen, etwa die Folgen des Klimawandels, erfordern erhöhte Mittel? Welche neuen Finanzierungsinstrumente sind erforderlich, um den nötigen Finanzbedarf für die

Erreichung der MDG zu mobilisieren? Der Verband Entwicklungspolitik Deutscher Nichtregierungsorganisationen (VENRO) hat anlässlich der Doha – Konferenz ein Positionspapier zur Entwicklungsfinanzierung erstellt: **„Nachhaltige Finanzierung für Entwicklung und Armutsbekämpfung“**.

Darin werden zivilgesellschaftliche Bewertungen und Handlungsempfehlungen zu den Kernthemen der Entwicklungsfinanzierung dargelegt. Die Mobilisierung heimischer Ressourcen, die Rolle ausländischer Direktinvestitionen, Maßnahmen für einen gerechten Welthandel und die Erhöhung der finanziellen Ressourcen für Entwicklungszusammenarbeit (EZ) werden dabei ebenso behandelt wie die Themen Auslandsverschuldung, Anforderungen an eine gerechte „Global Governance“ und die zusätzlichen finanziellen Erfordernisse durch den Klimawandel.

(www.venro.org)

Unter dem Titel **„Kassensturz in der Entwicklungszusammenarbeit. Kosten und Finanzierung der internationalen Entwicklungsziele“** ist ein neuer Report von Global Policy Forum Europe (GPF) und terre des hommes (tdh) erschienen. Er gibt einen Überblick über die aktuellen Trends in der internationalen Entwicklungsfinanzierung und skizziert die Herausforderungen, vor denen die Regierungen bei der Doha-Konferenz stehen. Konkrete Politikempfehlungen, um die gegenwärtige Kluft zwischen Kosten und Finanzierung der internationalen Entwicklungsziele zu überbrücken, runden den Report ab.

(www.globalpolicy.org/eu/de/publ/kassensturz-report-internet-2008.pdf)

2. VENRO-Positionen zur Reform der Entwicklungszusammenarbeit

Im Vorfeld des dritten „High Level Meetings on Aid Effectiveness“, das im September dieses Jahres in Accra stattfindet, hat sich VENRO für eine stärkere demokratische Verankerung der gegenwärtigen EZ-Reform ausgesprochen. In einem Positionspapier mit dem Titel **„Mehr Entwicklungshilfe durch bessere Entwicklungszusammenarbeit – Armutsbekämpfung als Ziel der neuen Entwicklungsarchitektur stärken“** begrüßt VENRO den politischen Willen zu einer partnerschaftlichen Entwicklungszusammenarbeit, den die Gebergemeinschaft mit der 2005 verabschiedeten Paris Deklaration zum Ausdruck gebracht hat. Gleichwohl kritisiert der Verband, dass die Deklaration, deren Umsetzung in Accra überprüft werden soll, sich nur mit einem begrenzten Teil der Entwicklungsagenda beschäftigt und die Eigenverantwortung der Partnerländer auf die Regierungen beschränkt. Um durch eine demokratische Eigenverantwortung wirkliches „ownership“ in den Partnerländern zu fördern, müssten stattdessen umfassende Beteiligungsrechte für die Parlamente und die Zivilgesellschaft gewährleistet sein. Nur durch demokratische Strukturen und Rechenschaftspflicht gegenüber der Bevölkerung kann Entwicklungszusammenarbeit einen wirksamen Beitrag zu Armutsbekämpfung und Entwicklung leisten.

Unter dem Titel „Better Aid“ haben zahlreiche NRO ein internationales Positionspapier zur Accra-Konferenz vorgelegt. Das „Better Aid“-Papier ist im Rahmen der zivilgesellschaftlichen Begleitung des Accra-Prozesses entstanden und vereinigt die Forderungen von entwicklungspolitischen NRO aus Norden und Süden. Es wurde bisher von 380 NRO aus 80 verschiedenen Ländern unterzeichnet, auch VENRO zählt dazu.

(www.venro.org; www.betteraid.org)

3. Welternährungsgipfel in Rom mit mageren Ergebnissen

Mehr als 40 Regierungschefs sowie zahlreiche Vertreter aus Politik und Internationalen Organisationen aus 180 Ländern nahmen Anfang Juni an der dreitägigen **UN-Konferenz zu Welternährungskrise, Klimawandel und Bioenergie** in Rom teil. Thema war die Preisexplosion auf den weltweiten Agrarmärkten. UN Generalsekretär Ban Ki Moon, Vorsitzender der „Task Force on Global Food Crisis“ (siehe 2015-aktuell 05/2008) stellte einen Aktionsplan zur Eindämmung der weltweiten Nahrungskrise vor. Der Plan sieht vor, die Lebensmittelhilfe für Entwicklungsländer aufzustocken und vergünstigtes Saatgut beziehungsweise Dünger bereitzustellen. Die Nahrungsmittelproduktion in den betroffenen Ländern soll effizienter gestaltet und eine bessere Versorgung garantiert werden. Zusätzlich soll eine bessere internationale Koordination der einzelnen Maßnahmen stattfinden. Langfristig sollen vor allem die Kleinbauern in den am stärksten betroffenen Regionen besser unterstützt werden. Zudem sollen Handelsbarrieren abgebaut und den Folgen des globalen Klimawandels entgegen gewirkt werden. Konkrete Maßnahmen und verbindliche Zeitpläne sieht der Plan nicht vor.

(www.fao.org/fileadmin/user_upload/foodclimate/HLCdocs/declaration-E.pdf)

Entwicklungsministerin Heidemarie Wiecek-Zeul ist überzeugt, dass von der Konferenz wichtige Impulse zur Eindämmung der Nahrungsmittelkrise ausgehen – auch wenn es in einigen Punkten, wie bei Agrarkraftstoffen und Agrarexportsubventionen, sehr unterschiedliche Meinungen gibt. In der Doha-Runde sollten hierfür faire und entwicklungsfreundliche Lösungen gefunden werden. Als deutschen Beitrag versprach sie die Anstrengungen der Weltgemeinschaft mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zu unterstützen. Konkret sollen durch eine Umstrukturierung der Programme der deutschen bilateralen Entwicklungszusammenarbeit in diesem Jahr insgesamt 500 Millionen Euro in die Ernährungssicherheit fließen.

(www.bmz.de/de/presse/pm/2008/juni/pm_20080605_49.html)

Zahlreiche Nichtregierungsorganisationen (NRO) kritisierten die Beschlüsse des Gipfels. Vertreter von „Brot für die Welt“, dem Evangelischen Entwicklungsdienst (EED) und FIAN erklärten die Chance auf einen dringend notwendigen Wandel in der globalen Agrarwirtschaft sei vertan. Es seien keine verbindlichen Vereinbarungen getroffen worden, stattdessen seien alte Konzepte wie Privatisierung und Liberalisierung wieder aus der Schublade geholt worden. Besonders kritisch sahen die NRO, dass die Vorschläge von Ban Ki Moon nicht öffentlich diskutiert wurden und somit eine gefährliche Entdemokratisierung der internationalen Agrarpolitik drohe. Außerdem würden Sofortmaßnahmen, wie verbilligtes Saatgut und Dünger, Kleinbauern in eine weitere Abhängigkeit treiben, während langfristige Maßnahmen, wie die Weiterbildung der Bauern, Verbesserung der Gesundheitsvorsorge und der Infrastruktur nur am Rande behandelt worden seien, so ein Vertreter der Welthungerhilfe.

(www.welthungerhilfe.de/fao-gipfel-mutlose-politiker.html;

www.epo.de/index.php?option=com_content&task=view&id=3919&Itemid=34)

4. Bericht zur globalen Ernährungssicherung beschlossen

Am 18. Juni hat das Bundeskabinett den Bericht **„Globale Ernährungssicherung durch nachhaltige Entwicklung und Agrarwirtschaft“** beschlossen. Der Bericht analysiert die Ursachen der gegenwärtigen Nahrungsmittelkrise, bewertet die globalen Markt- und Preisentwicklungen bei Nahrungsmitteln und legt zahlreiche Handlungsempfehlungen vor. Sofortmaßnahmen wie Nahrungsmittelhilfe sollten aus Sicht der Bundesregierung einhergehen, mit längerfristigen Maßnahmen zur Steigerung der landwirtschaftlichen Produktivität, wie der Intensivierung der Agrarforschung, Maßnahmen zur Armutsbekämpfung und dem Abschluss der Doha-Welthandelsrunde. Bei Konflikten zwischen Bioenergie- und Nahrungsmittelerzeugung, müsse die Ernährungssicherung Vorrang haben. Die Vorschläge des Berichts sollen am 19. und 20. Juni in den Europäischen Rat und Anfang Juli beim G8-Gipfel in Japan eingebracht werden.

Die Vorsitzenden der Bundestagsausschüsse für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sowie Ernährung und Landwirtschaft, Thilo Hoppe (MdB) und Ulrike Höfken (MdB), begrüßen, dass sich die Bundesregierung der dramatischen Welternährungssituation annimmt. Es fehle aber ein klares Bekenntnis der Bundesregierung zum Abbau der EU-Exportsubventionen für Agrarprodukte. Bezuschusste Schweinefleischüberschüsse aus industrieller Massentierhaltung zerstören weiterhin die Agrarmärkte in Westafrika. Die Abgeordneten kritisieren, dass im Bericht der Einsatz von Agro-Gentechnik nicht ausgeschlossen wird und dass das „Recht auf Nahrung“ nicht erwähnt wird.

„**Brot für die Welt**“ begrüßt grundsätzlich den Bericht, stellt aber fest, dass darin weder neue Finanzzusagen noch konkrete Politikvorschläge enthalten sind. Die NRO fordert Bundeskanzlerin Merkel auf, in Europa eine Führungsrolle bei der weltweiten Hungerbekämpfung zu übernehmen und den Vorschlag von EU-Agrarkommissarin Fischer-Boel zu unterstützen, nicht verwendete EU-Agrarsubventionen zur Förderung von Kleinbauern einzusetzen.

(www.bundesregierung.de; www.gruene-bundestag.de; www.brot-fuer-die-welt.de)

5. Vorbereitungen zum G8-Gipfel in Japan in der Endphase

Die Finanzminister der acht wichtigsten Industriestaaten haben sich am 13. und 14. Juni im japanischen Osaka zur Vorbereitung des G8-Gipfels getroffen. Dieser wird vom 7. bis 9. Juli auf der japanischen Insel Hokkaido stattfinden. Die Minister warnten vor allem vor den Auswirkungen der steigenden Nahrungsmittel- und Ölpreise auf das Wirtschaftswachstum. Sie appellierten an die ölexportierenden Staaten ihre Kapazitäten zu erhöhen und so dem Preisschub entgegenzuwirken. Uneinig zeigten sie sich jedoch, bei den Ursachen, die zu den Rekordpreisen führten. Umstritten war vor allem die Frage, welchen Einfluss Spekulationen auf die Energiepreisentwicklung haben und wie dem entgegengesteuert werden könne. Zur Klärung dieser Frage wurde deshalb eine Studie beim Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Internationalen Energieagentur (IEA) in Auftrag gegeben. Beim Thema Klimaschutz sprachen sich die Finanzminister einstimmig für die Schaffung eines internationalen Klimafonds aus, der den Entwicklungsländern helfen soll, die Folgen des Klimawandels aufzufangen.

(<http://www.mof.go.jp/english/if/su080614.pdf>)

Anlässlich des bevorstehenden G8-Gipfels veröffentlichte Oxfam ein Positionspapier: Die neuen Herausforderungen seien vor allem Defizite bei der Umsetzung der MDG, der Zunahme des weltweiten Hungers, den steigenden Öl- und Nahrungsmittelpreisen und den schwerwiegenden Folgen des Klimawandels. „Für die G8 steht ihre Glaubwürdigkeit auf dem Spiel“, so Reinhard Hermlé, entwicklungspolitischer Berater bei Oxfam Deutschland. Oxfam gibt Empfehlungen für sechs Themenbereiche: Um der Nahrungsmittelkrise entgegenzuwirken, müssen arme Bauern unterstützt und die Förderung von Agrartreibstoffen eingefroren werden. Bereits gegebene Entwicklungshilfeversprechen müssen eingehalten werden. Außerdem müssen soziale Grunddienstleistungen wie Gesundheitsfürsorge, Bildung, Trinkwasserversorgung und Hygienemaßnahmen zu einer Priorität der Entwicklungszusammenarbeit gemacht werden. Des Weiteren muss der Klimawandel begrenzt und mehr finanzielle Ressourcen zur Finanzierung von Anpassungsmaßnahmen bereitgestellt werden. Auch die Entwicklungschancen von Frauen und Mädchen müssen verbessert werden. Letztlich müsse der weltweite Rüstungshandel substantiell eingedämmt werden, um Sicherheit als Voraussetzung für nachhaltige Entwicklung zu fördern.

Deutsche Zusammenfassung:

www.oxfam.de/download/g8_glaubwuerdigkeitsfalle.pdf

Die Englische Originalfassung:

www.oxfam.org/en/files/bp113_credibility_crunch_g8_%202008_080613.pdf/download

Ebenfalls pünktlich zum G8-Gipfel veröffentlichte DATA (debt AIDS trade africa) seinen jährlichen „G8-TÜV“, in dem die Versprechen des G8-Gipfels 2005 den tatsächlich erbrachten Leistungen gegenübergestellt werden. Das Fazit des Berichts fällt dieses Jahr zweigeteilt aus. Während die Anstrengungen Deutschlands in der Entwicklungshilfe gelobt werden, wird gleichzeitig aber auch auf die Notwendigkeit hingewiesen, dass es weiterer Anstrengungen bedürfe, um die Versprechen der G8 einzuhalten. Zwischen 1999 und 2005 wurden in Afrika 29 Millionen Kinder zusätzlich eingeschult, 26 Millionen Kinder gegen lebensbedrohliche Krankheiten geimpft und Aids-Medikamente an Millionen Menschen verteilt. Doch von den versprochenen 22 Milliarden US-Dollar zusätzlich pro Jahr flossen bisher nur drei Milliarden Dollar, das entspricht nur 14 Prozent. DATA hat die G8 aufgefordert, ihr Tempo zu erhöhen und zusätzliche Mittel bereitzustellen. Gerade Deutschland stehe hier besonders in der Pflicht. Es habe zwar die G8-Präsidentschaft an Japan übergeben, müsse aber weiterhin Motor in Sachen Armutsbekämpfung bleiben, so Tobias Kahler, Direktor von DATA Deutschland. Bundesentwicklungsministerin Heidemarie Wiecek-Zeul würdigte den DATA-Bericht als „Ansporn für weitere Anstrengungen“.

(www.one.org/report/de/pdfs/2008_Der_DATA_Bericht.pdf;

www.bmz.de/de/presse/pm/2008/juni/pm_20080618_53.html)

6. Africa Progress Panel veröffentlicht Jahresbericht

Wenn die G8-Staaten ihre finanziellen Mittel für Entwicklungszusammenarbeit nicht bald aufstocken, dann werden sie ihr Versprechen, die Hilfe für Afrika bis zum Jahr 2010 zu verdoppeln, nicht erreichen. Davor warnte der ehemalige UN-Generalsekretär Kofi Annan bei der Vorstellung des diesjährigen Berichts des „Africa Progress Panels“ (APP). Der Bericht stellt fest, dass trotz Fortschritten beim Schuldenerlass und der Erhöhung der finanziellen Leistungen einiger Geberländer,

derzeit 40 Milliarden US-Dollar zur Erreichung der Zusagen des G8-Gipfels in Glenaegles (2005) fehlen. Das APP fordert deshalb konkrete, verbindliche Zeitpläne der Geberländer, um die notwendige Aufstockung der Mittel zu erreichen. Außerdem spricht sich der Bericht für neue, innovative Instrumente zur Entwicklungsfinanzierung aus und gibt Empfehlungen zu den Themen Nahrungsmittelkrise, Klimawandel, Welthandel und guter Regierungsführung.

Das Africa Progress Panel ist ein informelles Gremium von Prominenten wie Kofi Annan, Tony Blair, Bob Geldorf, Michel Camdessus und Peter Eigen, das regelmäßig überprüft, ob und wie die entwicklungspolitischen Versprechen gegenüber Afrika eingehalten werden.

(www.africaprogresspanel.org)

7. HIV/AIDS - Konferenz der Vereinten Nationen in New York

Auf der UN-Aidskonferenz vom 10. bis 11. Juni dieses Jahres wurden die Fortschritte bei der Erreichung des angestrebten Ziels des universellen Zugangs aller HIV-Infizierten zur Behandlung, Pflege und Betreuung bis zum Jahr 2010 analysiert. Das Ziel wurde im Jahr 2001 von allen UN-Mitgliedsstaaten verabschiedet. Während der Konferenz stellte Ban Ki Moon einen Bericht basierend auf 147 Länderstudien vor. Demnach sind zwei Jahre vor dem Stichtag zwar Fortschritte im Kampf gegen die Immunschwächekrankheit erzielt worden, die finanziellen Ressourcen aber reichen bei weitem nicht aus, um die vereinbarten Ziele zu erfüllen. So erhalten nur rund drei Millionen HIV-Infizierte in armen Ländern Medikamente. Das entspricht einer Quote von 30 Prozent. Weltweit sind mehr als 30 Millionen Menschen mit dem tödlichen Virus infiziert, pro Jahr kommen rund 2,5 Millionen Menschen hinzu. Auch wenn die Raten der Neuinfizierten und der jährlichen AIDS-Toten rückläufig sind, könne niemand von einem signifikanten Erfolg sprechen.

(www.ua2010.org/en/content/download/26157/309352/file/SG%20Report_UNGASS.doc)

Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt zeigte sich bei der Generalversammlung enttäuscht, dass das international vereinbarte Ziel nicht mehr einzuhalten ist. Eine Steigerung der Versorgung mit lebensverlängernden Medikamenten von Aidskranken auf 100 Prozent, sei binnen zwei Jahren nicht mehr zu schaffen, erklärte die Ministerin. Gleichzeitig verwies sie auf das deutsche und europäische Engagement sowie auf eine während der deutschen G8-Präsidentschaft gestartete Initiative, welche finanzielle Mittel in Höhe von 60 Milliarden Dollar für den Kampf gegen AIDS, Tuberkulose und Malaria bereitstellt. Allein Deutschland werde bis 2015 vier Milliarden Euro beisteuern.

(www.bmg.bund.de/cIn_041/nn_600110/DE/Home/Neueste-Nachrichten/Rede-UN-Aids.html)

Anlässlich der UN-Sondergeneralversammlung zu HIV/AIDS hat das **Aktionsbündnis gegen AIDS** ihren zweiten Schattenbericht mit dem Titel „**Globale Krise und Deutschlands Beitrag zur Globalen Antwort**“ vorgestellt. In dem Bericht werden die sichtbaren Anstrengungen der Bundesregierung gewürdigt. So seien Konzepte und Strategien weiterentwickelt und Empfehlungen der Zivilgesellschaft aufgenommen worden. Allerdings bestehe weiterhin eine große Kluft zwischen Absichtserklärungen und der Bereitstellung finanzieller Ressourcen zur

Umsetzung politischer Ziele. Außerdem werden besonders gefährdete Gruppen, wie Homosexuelle, Prostituierte, Drogenabhängige und Migrantinnen und Migranten meist von Hilfsprogrammen nicht erreicht, da sie in vielen Ländern diskriminiert werden. Besonders kritisch wird eine Verschärfung des Patentrechts beurteilt. Dieses mache essentielle Medikamente für die Betroffenen meist unerschwinglich.

(www.aids-kampagne.de/presse/presse-160.html)

Mit den gesundheitsorientierten MDG beschäftigt sich der am 18. Juni veröffentlichte Fortschrittsbericht „**Gesunde Hilfe**“ des europäischen Netzwerks „**Action for Global Health**.“ Aus ihm geht hervor, dass vor allem die mangelnde internationale Koordination der Programmstrategien die Wirksamkeit der Entwicklungshilfe zur Förderung weltweiter Gesundheit behindert. Außerdem seien die Entwicklungshilfeleistungen der Industrieländer 2007 rückläufig, wobei sich manche Geberländer komplett aus der Finanzierung von Gesundheitsprogrammen zurückziehen, erklärte die Gesundheitsexpertin von terre des hommes, Ruth Duggan (www.actionforglobalhealth.eu/content/download/16232/83965/file/AFGH_GER_2008_web.pdf)

8. Ausbeuterische Kinderarbeit wirksam bekämpfen

Zum Internationalen Tag gegen Kinderarbeit am 12. Juni hat die Kinderhilfsorganisation terre des hommes (tdh) den Ausschluss aller Produkte aus dem öffentlichen Beschaffungswesen gefordert, die mit Hilfe der Ausbeutung von Kindern entstehen. „126 Millionen Mädchen und Jungen schufteten Tag für Tag. Mehr als 20.000 Kinder kommen jedes Jahr durch Arbeitsunfälle ums Leben“, so Barbara Küppers, tdh-Expertin für Kinderarbeit. Bund, Länder und Kommunen geben pro Jahr rund 360 Milliarden Euro für Beschaffungen aus. Darunter sind auch Produkte, die durch Kinderarbeit und menschenunwürdige Arbeitsbedingungen entstehen könnten, wie etwa Natursteine, Kleidung, Sportbälle, Kaffee, Tee und Orangensaft.

Anlässlich der in den kommenden Monaten bevorstehenden Reform des öffentlichen Vergaberechts (s. 2015 aktuell, 05/2005) bittet terre des hommes alle Abgeordneten des Deutschen Bundestages darum, auch soziale Kriterien im neuen Recht zu verankern. Hierzu zählen etwa, das Verbot von Kinderarbeit und die Anerkennung von Arbeitsrechten. „Bis heute haben die Länder Bayern, Bremen, Saarland und Sachsen und über 100 Städte und Gemeinden erklärt, dass sie in ihrer Beschaffung das Verbot ausbeuterischer Kinderarbeit berücksichtigen werden“, so Peter Mucke, Geschäftsführender Vorstand von terre des hommes.

(www.tdh.de)

Das Deutsche NRO-Forum Kinderarbeit, fordert von der Bundesregierung mehr Entwicklungshilfegelder für die Förderung von Grundbildung. Bildung sei eine Grundvoraussetzung, um Armut zu entkommen. „72 Millionen Kinder im Grundschulbereich haben keine Chance eine Schule zu besuchen. Und ein großer Teil der weltweit 165 Millionen Kinderarbeiterinnen und Kinderarbeiter unter 15 Jahren kann nicht zur Schule gehen“, betonte Klaus Heidle von der Werkstatt Ökonomie, die das Deutsche NRO-Forum Kinderarbeit koordiniert.

(www.nord-sued-netz.de/dokumente/presseerklaerung_12_juni_2008.pdf)

9. Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit auf dem Prüfstand

Um die MDG bis 2015 umzusetzen, muss die Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit erhöht werden. Zu diesem Schluss kommt ein neuer Bericht des Instituts für Entwicklung und Frieden (INEF) der Universität Duisburg-Essen. In der von Prof. em. Dr. Franz Nuscheler verfassten Studie werden bestehende Dogmen der Entwicklungszusammenarbeit auf ihre Wirksamkeit analysiert und Empfehlungen zur Verbesserung der Effizienz formuliert. Besonders kritisch äußert sich der Autor zu drei Themen: Erstens führen die ungleichen Machtbeziehungen zwischen Nord und Süd zu einem „Top-Down“ Prozess, welcher die Bedürfnisse der Empfänger der Entwicklungshilfe vernachlässigt. Daher fordert er die Abschaffung von „Doppelstandards“ wie zum Beispiel bei Exportsubventionen und die Reformierung und Demokratisierung Internationaler Organisationen wie der Weltbank oder der Welthandelsorganisation (WTO).

Zweitens bemängelt der Autor die fehlende Politikkohärenz. Entwicklungszusammenarbeit würde noch zu sehr als sektoral und bilateral ausgerichtete Politik verstanden. Es fehle vor allem an einer globalen Geberkoordination sowie an der Einbindung verschiedener Politikfelder der Handels-, Wirtschafts-, Sicherheits- und Klimapolitik. In diesem Zusammenhang dürfe die Politik nicht nur auf Krisen reagieren, sondern müsse die Stabilität der Staaten gewährleisten und tiefer liegende Ursachen bekämpfen. Drittens plädiert der Autor für mehr Nachhaltigkeit in der Entwicklungszusammenarbeit. Dies beinhalte nicht nur eine Abkehr vom so genannten „Big Push“ hin zu kleineren regelmäßigen Geldströmen, sondern vor allem eine Änderung des Lebensstils in den Industrieländern.

(<http://inef.uni-due.de/page/documents/Report93.pdf>)

10. OECD Bericht zu “Financing for Development”

Das **Global Forum on Development der OECD** hat den zweiten Teil ihrer „**Financing for Development**“-Reihe mit dem Titel „**Whose Ownership?**“ veröffentlicht. In Folge des Monterrey-Konsens von 2002 und der Paris Deklaration von 2005, bei denen dem ownership Prinzip eine große Bedeutung zugemessen wurde, beschäftigt sich dieser Bericht mit den Schwierigkeiten in der praktischen Umsetzung. Er basiert vor allem auf Diskussionen und Fallstudien, die bei dem Workshop „Ownership in Practice“ im September 2007 in Paris präsentiert wurden. Dabei analysieren die Autoren die Frage nach dem ownership von vier verschiedenen Perspektiven. Zuerst wird diskutiert was ownership bedeutet und wer eigentlich die Entwicklungszusammenarbeit bestimmt. In einem zweiten Schritt wird die internationale Entwicklungsfinanzierungsarchitektur kritisch begutachtet und Potentiale zur Effizienzsteigerung ausgemacht. Des Weiteren wird auf die Rolle von NRO in der Entwicklungsfinanzierung eingegangen und untersucht, ob diese ihre eigene Version der Paris Deklaration benötigen. Schließlich wird die Beziehung zwischen ownership, der Privatwirtschaft und Auslandsinvestitionen analysiert.

(Kurzfassung des Berichts unter: www.oecd.org/dataoecd/52/6/40729854.pdf)

Kurz notiert:

Auf der Seite **PRSP-Watch** ist ein überarbeitetes Länderprofil zu **Vietnam** online gestellt worden. Dort wird ein aktueller Überblick über die Partizipation und den Einfluss zivilgesellschaftlicher Akteure auf die Erstellung der Strategiepapiere zur Armutsbekämpfung (PRSP) gegeben. Zusätzlich können weitere Informationen zu Vietnam im Serviceteil eingesehen werden. In dem Ein-Parteienstaat Vietnam wurde der PRSP Prozess in erster Linie von Partei gelenkten Massenorganisationen beeinflusst. Gleichzeitig entsteht eine unabhängige Zivilgesellschaft, die mehr und mehr an Raum gewinnt.

(www.prsp-watch.de)

Das **UN-Flüchtlingshochkommissariat (UNHCR)** hat seinen Jahresbericht 2007 vorgelegt. Danach waren im Jahr 2007 weltweit 42 Millionen Menschen auf der Flucht vor Verfolgung, Krieg und Menschenrechtsverletzungen. Die Weltflüchtlingsstatistik 2007 wurde mit Daten aus 150 Ländern erstellt und belegt, dass weltweit immer mehr Menschen auf der Flucht sind.

(www.unhcr.de)

Bei der Internationale Arbeitskonferenz, dem höchsten Organ der **Internationalen Arbeitsorganisation (ILO)**, wurde zum Abschluss ihrer 97. Tagung in Genf eine „Erklärung über soziale Gerechtigkeit für eine faire Globalisierung“ verabschiedet. Diese weitreichende Erklärung, die von Regierungen sowie Arbeitnehmer- und Arbeitgeberorganisationen der 182 ILO-Mitgliedsstaaten angenommen wurden, ruft zu mehr Einsatz bei der Umsetzung der ILO-Agenda für menschenwürdige Arbeit auf.

(www.ilo.org)

Die weltweiten Rüstungsausgaben sind im Jahr 2007 auf 1339 Milliarden US- Dollar gestiegen. Das geht aus dem „**Sipri Jahrbuch 2008**“ hervor, das das renommierte Stockholmer Friedensinstitut vorgelegt hat. Die weltweiten Entwicklungshilfeleistungen lagen im Jahr 2007 dagegen nur bei insgesamt 103 Milliarden US-Dollar.

(www.sipri.org)

Termine

3. Juli 2008, Berlin, Deine Stimme gegen Armut

Zentrale Abschlussaktion – „Wünsch dir was von den G8“

www.deine-stimme-gegen-armut.de/blog/

10. Juli 2008, Berlin, Stiftung Nord-Süd-Brücken

Weltwärts: vorwärts oder rückwärts? Was bringt der neue entwicklungspolitische Freiwilligendienst?

www.nord-sued-bruecken.de/upload/file/weltwaerts08_print.pdf

**27.-29. Juli 2008, Würzburg, Gesellschaft für politische Bildung e. V.,
Behinderung und Entwicklungszusammenarbeit e. V**

„Leben unter dem Regenbogen“ – Wie leben Menschen mit Behinderung in
Afrika?

Seminar

<http://bezev.de/bezev/veranstaltungen/regenbogenseminar/Regenbogen-Seminar2008.pdf>

**5. September 2008, Lüneburg, Verband Entwicklungspolitik
Niedersachsen, Institut für Umweltkommunikation**

Gegenwind! Klimawandel + weltweite Armut

Tageskonferenz

Informationen und Anmeldung: Marion Rolle (rolle@ven-nds.de)

Herausgeber:

VENRO

Projekt „Perspektive 2015 – Armutsbekämpfung braucht Beteiligung“

Chausseestr. 128/129

10115 Berlin

Tel.: 030/280 466-70 / -71

Fax: 030/280 466-72

E-Mail: berlin@venro.org

Internet: www.2015.venro.org

Redaktion: Claus Körting & Merle Bilinski (V.i.S.d.P.)

Mitarbeit: Philipp v. Zwehl

Mit finanzieller Unterstützung des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung